

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Kombianna Sonntagblätter“ und „Auktionsversteigerungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbspaltige Kleinzeile 40 Pfg., Anzeigen über 50 Pfg. für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unentgeltlich (schreibener oder durch Fernsprecher aufgeborener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen). / Beilagengebühr: 10.— M., das Laubend, zuzüglich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 139

Donnerstag, den 27. November 1930

32. Jahrg.

Am 1. Dezember findet eine

Biehzählung

hat. Die Zählungsergebnisse dienen nur volkswirtschaftlichen Zwecken; eine Verwendung für Steuererhebungen findet nicht statt.

Die Viehhalter fordern wir auf, den mit der Zählung Beauftragten genaueste Auskunft zu geben. **Wer Vieh verheimlicht, macht sich strafbar.**

Kemberg, den 26. November 1930.

Der Magistrat.

Der Wechsel auf die Zukunft.

Dann und wann erhebt sich in der Regierung, in der Wirtschaft, in führenden Privatkreisen eine Stimme, die den Pessimismus, der nun allgemein von Deutschland Besitz ergriffen hat, bekämpfen will. Glaubt an die Zukunft, glaubt an die Kraft des Volkes, seid einig darüber, daß die ganze Welt Not leidet und daß dieser Depression ein Aufschwung folgt — das sind die Mahnungen, die uns Halt und Hoffnung geben wollen.

Eisher haben wir die innere Kraft, Deutschland wieder höherzuführen. Trotz aller Zweifel liegt in jedem Deutschen die Zuversicht, einmal werde es anders werden. Und selbst Ausländer, die Deutschland kennen, geben ihrer Meinung immer wieder Ausdruck: Deutschland werde auch diese Krise überwinden, denn in diesem ungeheuren Lande lägen so viele Kraftreserven, liege eine solche Energie und ein solcher Tatendrang, daß man gerade um das Schicksal des deutschen Volkes nicht zu bangen brauche. Gut also: die Zukunft mag wieder Auftrieb verheißen und uns für die Leben entschädigen, mit denen wir jetzt reichlich verlorft sind. Aber die Gegenwart? Man muß doch fragen: Sind die Wästen der Gegenwart nicht so gewaltig, so schwer, so untragbar, daß wir zusammenbrechen müssen? Sind sie nicht zu schwer selbst für die gelunden und kräftigen Schultern eines tatkraftigen Volkes?

Wir haben immer gemeint, die ganzen Maßnahmen der Regierung würden in absehbarer Zeit eine Linderung bringen. Der Kanzler meint, eine wirksame Entlastung sei für die nächsten Monate nicht möglich, und das nächste Jahr werde noch trübe und trübselig sein. Jahre werden vergehen, bis sich diese Maßnahmen auswirken und bis wir aufatmen können: Endlich geschafft! Jahre, nach dem Tode der Zeit, das heißt Mut aufbringen, um der Parole „Durch!“ zu folgen, um Optimist zu bleiben.

Nun tretet man darum, was die Schuld an unserm Unglück trägt. Sicherlich zu einem großen Teil die Weltwirtschaftslage. Aber diese Dentrion der Weltwirtschaft allein hätte nicht gerade Deutschland so betroffen, wenn nicht so viele Fehler gemacht worden wären. Wir haben aus dem Vollen gelebt, wir haben, vertrauend auf unsere Kraft, übermäßigen Luxus getrieben. Das Ausland erhielt von Deutschland einen falschen Begriff.

Steuern und wieder Steuern waren notwendig, nachdem überflüssige Ausgaben einmal ein so großes Loch geritten hatten und die Entwürfing sich nicht so anließ, wie die Voraussetzungen es voraussetzen wollten. Es ist bekanntlich leichter, Geld auszugeben, Geld zu bewilligen, als abzubauen. Und deshalb kam in Jahren nicht gutgemacht werden, was in kurzer Spanne Zeit geründigt wurde. Wir haben, sehen wir von der öffentlichen Hand ab und denken wir an die Privatunternehmungen, von Schulden gelebt, konnten nicht genug Kräfte erhalten, rechneten mit dem weiteren Aufstiege und mußten gemährt werden, daß plötzlich ein Umschwung kam, der uns arm, verschuldet machte. Wir hatten uns stets steigenden Steuern aus Anleihen und Krediten geschäft. Jetzt fließen sie nicht mehr, und plötzlich merkten wir, wie schwer die Lasten waren, die wir nun selbst aufzubringen hatten. Auch in der Privatwirtschaft ist man in den Expansionsmaßnahmen verfallen und hat Schloßer gebaut. Auch hier war eine Modernisierung der Betriebe geboten. Auch hier aber wurde zu viel des Guten getan. Und da nun irgendwoher doch die Kosten kommen mußten, währte sich gerade die deutsche Industrie gegen den Preisabau und mißachtete die Weltpreise der Rohstoffe, die den Preisabau bedingten.

So war der Stand, als das große Erwachen kam. Die Einnahmen des Reiches gingen zurück, die Einnahmen der Gemeinden wurden geringer, der Umsatz der Wirtschaft sackte ab, die Läden blieben, die Kredite fielen aus. Rettung sah die Regierung, haben die Länder, die Gemeinden nur in der Finduna neuer Einnahme-

quellen. Und sie erschloßen sie, weil sie nicht glaubten, abbauen zu können. Bis es einmal nichts mehr zu holen gab.

Abau jetzt nach dem großen Erkennen, Maßnahmen, gutzumachen, was kurzfristigkeit verboden! Selbstverständlich muß Lohn- und Preisabau Förderung sein. Alles ist ja überleitet. Selbstverständlich muß die Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden den Etat herabdrücken, selbstverständlich muß die Wirtschaft sich mit niedrigeren Gewinnen begnügen, und selbstverständlich haben wir zu fordern, daß auch die Reparationslasten geteilt oder gestrichelt werden. Ueberall, wo gespart werden kann, muß gespart werden. Und der Kanzler hat recht: dieses Sparen, diese Maßnahmen können nur dazu führen uns vor dem völligen Zusammenbruch zu retten. Gelingt es uns, durchzuhalten und uns vor dem Zusammenbruch zu wehren, so haben wir Aussicht, aus der Besserung der Weltwirtschaftslage unsere Vorteile zu ziehen. Erst wenn also eine Besserung in der Weltkonjunktur eintritt, wird es auch in Deutschland wieder einen Aufstieg geben. Das müssen wir erkennen, darauf haben wir uns einzustellen. Mehr als eine letzte Rettung vor dem Zusammenbruch, sagt der Kanzler richtig, können alle Maßnahmen nicht erreichen.

Wieder Artikel 48?

Zuspühung der Lage im Innern.

Berlin, 26. November.

Das Reichskabinett arbeitet gegenwärtig mit Hochdruck an der Vorbereitung der Dezemberberatung des Reichstages. Kabinettsitzungen und Besprechungen des Kanzlers mit den Parteiführern lösen einander ab. Unter allen Umständen will die Reichsregierung vor dem Zusammentritt des Reichsparlamentes Klarheit darüber schaffen, ob das große Sanierungsprogramm auf parlamentarischen Wege durchführbar werden kann, oder mit Hilfe des Artikels 48 auf dem Verordnungswege in Kraft gesetzt werden muß.

Nachdem Brüning teilsweise auf die Unterfertigung der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten rechnen kann, liegt der Schwerpunkt im wesentlichen bei der Sozialdemokratie, die jedoch, nach dem, was bisher bekanntgeworden ist, kaum bereit sein dürfte, die vorgelegten Sanierungsgehänge in ihrer gegenwärtigen Form, also ohne Abänderungen, anzunehmen.

Die Lage im Innern hat sich um so mehr zugepöhrt, als die Wirtschaftspartei einen entscheidenden Frontwechsel vorgenommen, und den Kanzler die Gefolgschaft angesetzt hat. Angesichts dieser Sachlage drängt der Kanzler auf eine klare Stellungnahme der Parteien innerhalb der nächsten beiden Tage, um gegebenenfalls sein Programm noch vor dem Reichstagszusammentritt am 2. Dezember durch Notverordnung in Kraft zu setzen. Dieser Umstand gewinnt Wahrscheinlichkeit, wenn in Erwägung gezogen wird, daß gerade eine Reihe sehr wichtiger Geleise verfassungsändernden Charakters tragen, also im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit bedürfen. Mit einer solchen Mehrheit ist es keinesfalls zu rechnen.

Verfassungsändernden Charakter tragen unter den Finanzangelegenheiten der Reichsregierung einmal das Pfandgesetz, weiterhin der Gelegenheitssteuer, der Kürzung der Beamtengehälter in den Ländern und Gemeinden vorlieht. Was die Frage der Verfassungsänderung in den fünf Gelegenheitssteuern anlangt, die im Steuervereinheitsgesetzgele zusammengefaßt sind, so steht die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Reichsrats auf dem Standpunkt, daß zwar das Gebührendentfaltungsteuergesetz und das Gesetz über den Liebertritt von Beamten in den Reichsdienst aus Anlaß der Steuervereinheitsgesetzgebung verfassungsändernd sind, daß aber das Grundsteuerangeleget, das Gewerbesteuerangeleget und das Steueranpassungsgesetz sich im Rahmen der im Artikel 11 der Reichsverfassung vorgesehenen Grundgesetzgebung halten und daher keinen verfassungsändernden Charakter tragen.

Es ist in politischen Kreisen nun erörtert worden, ob die Reichsregierung auch die Geleise verfassungsändernden Charakters mit Hilfe einer Notverordnung auf Grund des Artikels 48 in Kraft setzen könne. Die Reichsregierung hat durch die zuständigen Stellen diese Frage prüfen lassen, und als Ergebnis dieser Auslegung steht sie auf dem Standpunkt, daß sie auch bei verfassungsändernden Geleisen in der Lage ist, den Artikel 48 anzuwenden. Zweifellos wird nach der Anwendung des Artikels 48 im Reichstag von der Oppositionsparteien die Aufhebung der Notverordnung verlangt werden. In Regierungskreisen glaubt man aber, daß die Regierung in diesem Falle auf die Unterfertigung der Sozialdemokraten rechnen und so die kritischen Wintermonate überwinden kann.

Frontwechsel der Wirtschaftspartei.

Milage an Brüning. — Kredit zurückgetreten.

Berlin, 26. November.

Mit Zustimmung des Reichsjustizministers Professor Dr. Redt hat der Reichsausschuß der Deutschen Wirtschaftspartei folgenden Beschluß gefaßt:

„Bereits am 26. September 1930 hat der Reichsausschuß beschloßen, daß sich die Wirtschaftspartei an feiner Regierung im Reich beteiligen, auf welche die Sozialdemokratie unmittelbar oder mittelbar Einfluß ausübt. Die Ergebnisse der letzten Zeit beweisen aber, daß die Regierung Brüning über Politik in Anziehung an die Sozialdemokratie unter Preisgabe lebenswichtiger Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft durchzuführen versucht. Nach Ansicht der Wirtschaftspartei können auf diesem Wege die großen Lebensprobleme des deutschen Volkes in der Innen- und Außenpolitik nicht gelöst werden. Infolgedessen hat die Wirtschaftspartei die weitere Unterfertigung des Kabinetts Brüning ab.“

Der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei hat sich weiterhin mit dem Konflikt Reich—Thüringen beschäftigt und die Haltung der Thüringer Landtagsfraktion, die sie im Sinne aller Regierungsparteien einnahm, gebilligt.

In dem Communiqué der Wirtschaftspartei wird ergänzend bekannt, daß der von der Wirtschaftspartei gefeilte Reichsjustizminister Dr. Redt kein Reichskanzler Brüning bereits sein Rücktrittsgesuch eingereicht hat.

bleibt Dr. Redt?

Berlin, 26. November.

Ueber das Rücktrittsgesuch des Justizministers Dr. Redt ist eine Entscheidung noch nicht gefallen. Wie verlautet, will der Reichspräsident die gesundheitliche Wiederherstellung des zur Zeit erkrankten Ministers abwarten, ehe abschließende Schritte unternommen werden.

In parlamentarischen Kreisen hält man es nicht für ausgeschlossen, daß Dr. Redt sich zum Verbleiben in seinem Amte bestimmen läßt, und daß er dann als Justizminister dem Kabinett angehören würde, ohne dadurch seine Partei irgendwie zu verpflichten.

Der Konflikt in der Wirtschaftspartei beigelegt

Die Verhandlungen des Reichsausschusses der Wirtschaftspartei haben zur Beilegung des Konflikts zwischen dem Abgeordneten Gollmer und dem Parteivorstand geführt.

Exportsteigerung oder Zahlungseinstellung

Die letzte Schachtreue in Amerika.

Baltimore, 24. November.

Der frühere Reichsrentenpräsident Dr. Schacht schloß seine Vortragstour durch die Vereinigten Staaten mit einer Ausprache vor über 600 Bankiers, Industrieführern und Wirtschaftlern ab, die aus Philadelphia, Washington und anderen Städten zusammengekommen waren. Unter ihnen befand sich auch der bekannte amerikanische Nationalökonom Dr. Friday, der die Ansicht äußerte, daß Deutschland, das seit der Stillsetzung seine Industrie rationalisiert, Geldbestände anammelt, im Ausland Kapital angelegt habe und jetzt über einen Ausfuhrüberschuß verfüge, noch für einige Zeit wirtschaftlich in der Lage sei, Reparationen zu bezahlen, daß es jedoch politisch und psychologisch für eine deutliche Regierung unmöglich sei, noch länger als drei bis vier Jahre Reparationen in der augenblicklichen Höhe zu leisten, ohne geführt zu werden. Das Argument, daß Deutschland die Reparationen mit amerikanischen Anleihen bezahlt habe, sei irrelevant. Es habe die Dollar lediglich zum Transfer benutzt, das Geld selbst jedoch aus der eigenen Wirtschaft herausgeholt.

Dieses Heraushehlen unter Hochdruck könnte jedoch nicht mehr lange weitergehen, und er sehe voraus, daß in zwei bis drei Jahren in Frankreich, wenn es seine innere Schuld abgetragen habe, mehr Verständnis für die Lage Deutschlands vorhanden sei. Dann sollte Amerika zusammen mit Deutschland und den Alliierten eine Revision der internationalen Schuldenfrage in der Welt vornehmen, daß die Beträge in jedem Jahre um 10 Prozent vermindert und innerhalb 10 Jahren alle Schulden gelöst würden.

Dr. Schacht betonte, daß er als Privatmann spreche und keine Streichung der Reparationen verlange, aber entweder müsse Deutschlands Export um 50 Prozent gesteigert werden, was ohne Erschließung neuer Absatzmärkte durch amerikanisches und anderes Kapital offensichtlich unmöglich sei, oder die Reparationen müssen vermindert werden, sonst würden spätestens binnen Jahresfrist die deutschen Reparationsabfahnen automatisch aufhören.

Die Einsicht wächst!

Dr. Schachts erfolgreiche Amerikareise beendet.

Neuport, 26. November.

Dr. Hjalmar Schacht, der frühere Präsident der Reichsbank, hat seine Vortragstour durch Amerika beendet und an Bord des Dampfers „Columbus“ die Heimfahrt angetreten.

Zum Abschied sprach Schacht noch einmal im Neuporter Defononischen Club vor etwa 1200 Zuhörern über seine amerikanischen Eindrücke, die er dahin zusammenfaßte, daß überall in Amerika nicht nur ein zunehmendes Interesse für das Reparationsproblem, sondern auch ein wachsendes Gefühl dafür zu spüren sei, daß die ungelebten Probleme des Weltkriegs eine fändige Bedrohung des wirtschaftlichen Wohlfandes der Welt bedeuten.

wird erklärt, daß die Abreise mit den Gerüchten über angebliche Unruhen in Rußland nichts zu tun hätte.

Das weitere Verbleiben Eintrichs in Genf sei zweifellos, nachdem er Gelegenheit gehabt hätte, in den entscheidenden Punkten der Abfertigungsnotwendigkeiten den sowjetrussischen Standpunkt wiederholt zum Ausdruck zu bringen. Eintrich habe sich nochmals überzeugt, daß durch die in Vorbereitung befindliche Abfertigungsnotwendigkeiten für eine wirksame Abfertigung nichts erreicht werde.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Präsidium des Volkskomitees der Sowjetunion beschlossen, die Einberufung des Volkskomitees, die für den 12. Dezember vorgesehen war, auf den 29. Dezember zu verschieben.

Die Arbeiten der Wirtschaftskommission.

Genf, 26. November.

Die Wirtschaftskommission hat einen wichtigen Teil ihrer Arbeiten, der sich auf eine allgemeine Verbesserung des internationalen Warenaustausches bezog, abgeschlossen. Es ist nach mehrjährigen und zum Teil sehr schwierigen Verhandlungen eine Entschliessung zustande gekommen, in der sich die Konferenz zu dem britischen Vorschlag eines grossen Zollabbaus politisch äußert.

Die Haupterleichterungen, ob dieser Zollabbau auf dem Wege multilateraler oder bilateraler Verhandlungen erreicht werden soll, ist in der Weise gefestigt worden, daß die Möglichkeit für einseitige Verhandlungen ausgesprochen hat, ohne daß allerdings mehrseitige Verhandlungen ausgeschlossen sein sollen. Es ist dabei ausdrücklich in der Entschliessung festgelegt worden, daß die Verbesserungen, die auf diesem Wege in den Handelsbeziehungen der verhandelnden Staaten erzielt werden, den meistbegünstigten Staaten gleichfalls zugute kommen.

Koalitionskrise in Thüringen.

Der der Auflösung des Landtages?

Weimar, 26. November.

Die Landtagsfraktion der Nationalsozialisten sieht die Koalition in Thüringen wieder als getrennt an, da Staatsminister Baum sich in einer Verlesung des Thüringer Bauernbundes in Rudolstadt klar gegen die Politik der Nationalsozialisten gerichtet hat. Die Nationalsozialisten wollen sich nunmehr von ihnen ausdrücklich erklärt werden, den Zeitpunkt ihres Handelns in der Frage der Landtagsauflösung vorbehalten.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 26. November 1930

Wenn zwei sich streiten...

Das so rühmlichst bekannte Sprichwort: „Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte“ — wird heute mehr denn je zitiert. Wollte man diesen Ausdruck eine radikale Deutung geben, könnte man also fast behaupten, daß mit dem zunehmenden Streit auch die Freude wächst. So mehr Menschenpaare sich janken und streiten, desto mehr Dritte freuen sich. Warum zitiert man diesen Ausspruch heute eigentlich so viel? Weil wir in einer Zeit der krankhaften Streit- und Janckluft leben. Der politische Kampf mit seinen Streit- und Verleumdungen und Zänkereien hat auch dem privaten Leben einen Stempel aufgedrückt. Zwei Ehepaare streiten sich einander gegenüber, und dieser Dritte, der sich eins ins Häufchen lacht, er ist entweder unseitig, oder der Drahtzieher. Im letzteren Falle gibt es einen Trost für die Streitenden, nämlich den, daß auch ihr dereinst kein Schicksal ereilen wird, daß einer dieser Streitenden mit dem Drahtzieher schwere Abrechnung halten wird, und daß dann der andere Streitende der Dritte ist, der sich freut. Warum ist die Gelächter aber von Natur wegen so einseitig, daß gerade er mit heiler Haut davonkommt, oder werden die noch niedrigen Anstände, Beschäftigung und Arbeit, gemerkt? Man kann das nicht immer völlig entscheiden, das mag mit der Veranlagung zusammenhängen; denn so wie es Menschen gibt, die etwa Freude daran finden ein Tier zu quälen oder zu peinigen, so gibt es auch Menschen, die Freude an den Zermürbungen und Disputen anderer Menschen haben. Es gibt so viel Streit, es gibt so viel Zänkereien. Und wenn man nach den Gründen forscht, muß man meistens feststellen, daß es Nichtigkeiten, ganz banale Dinge sind, über die sich gar nicht zu streiten lohnt. Aber so unglücklich und wegen geringfügigkeiten streitet, der verdient allerdings nichts besseres, als daß man sich über ihn lustig macht. Dann kann man mit Zug und Recht sagen: „Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte!“

— **31. Dezember verläßt die Anpreisung!** Unter Berücksichtigung des immer noch vorhandenen Borgsummenscheins ist der Handwerksleistung angebracht zu sein, schon jetzt auf die bevorstehende Verjährung der Ansprüche aus dem Jahre 1928 zum Ende dieses Jahres hinzuweisen. In zwei Jahren werden die Ansprüche (sowohl der Kaufleute für Lieferung von Waren als auch der Arbeiter auf Zahlung des Lohnes unglücklich. Da der Tag, an dem die Forderung entstanden ist, nicht immer festgelegt werden kann, beginnt der Lauf der Verjährungsfrist mit dem Ende des Jahres, in dem die Ansprüche entstanden sind. Handelt es sich um Forderungen eines Kaufmanns an eine Firma, die von ihm Ware zwecks Weiterverkauf besogen hat, so verjähren diese Ansprüche erst in drei Jahren. Um zweckmäßigsten ist es, bis zum 31. Dezember 1930 dem Schuldner einen Zahlungsbefehl zuzustellen, da mindliche Mahnungen oder sonstige Zahlungsaufforderungen die Verjährungsfrist nicht unterbrechen.

— **Gedenkt der Kettenfunde!** Ihr Dasein ist ohnehin nicht beneidenswert: an einen von der Länge der Kette bestimmten Kreis gebannt, selten von einem guten Menschen getroffen, zum Verzeir mit „abregelndem“ ferngehalten und immer für die Sicherheit des Hofes verantwortlich gemacht, so leben sie dahin. Gibt den Kettenbunden also wenigstens jetzt nach dem Beginn der Winterperiode ein besseres Lager und verfährt den Hilteneingang mit einem alten Saug oder dergleichen!

— **Die zu Gunsten der Deutschen Kriegsgräberfürsorge am Donnerstag veranstaltete Sammlung hat die Summe von 110,- RM. ergeben.** Der Krieger- und Landwehrverein und der Krieger-Verein danken allen Gebern, besonders den jungen Damen, die in selbstloser Weise sich der Mühe des Entkommens unterzogen haben.

— **Das Stadttheater Wittenberg bringt als nächstes Gastspiel die Operette „Die Landstreicher“**, eine lustige Jagdabenteuergeschichte von Karl M. Jäger. Die Oper, der Komponist von „Der Vogelhändler“ und ein Zeitgenosse von Johann Strauß, dem Walzerkönig, hat dazu eine

Musik geschrieben, die leicht und flüssig ins Ohr bringt und auch darin bleibt, sodas jeder von diesem Abend auch etwas mit nach Hause nimmt. Am gleichen Tage nachmittags kommt das lustige Kindermärchen „Heinrich, der Schusterbub“ zur Aufführung. Alle großen und kleinen Wittenberger Kinder sind herzlich eingeladen, an Heinrichs herrlicher Fahrt ins Märchenland teilzunehmen. Da gibt es Feen und Wunder, lustige Waldbärner und mitten unter ihnen Heinrich, diesen braven und tapferen Jungen, den ihr alle bald in euer Herz geschlossen haben werdet. Die Karten zu beiden Vorstellungen, die am Sonntag stattfinden, sind schon jetzt in der Anstaltlichen Buchhandlung zum Vorverkauf bereit.

— **Cuzsch.** (Schon wieder ein Unfall am schrankenlosen Bahnübergang.) Der schrankenlose Bahnübergang bei Cuzsch, der vor noch nicht allzu langer Zeit zwei jungen Wittenberger Motorradfahrern zum Verhängnis wurde, hätte bald wieder ein Opfer gefordert. Am Sonnabendabend gegen 7 Uhr fuhr der Zigarettenfabrikant A. Klär aus Dramenbaum, der von Wittenberg kam, um sehr stark die Sicht verhindernden Regen mit seinem Personennagen gegen die letzten Wagen eines gerade nach Brataua fahrenden Eisenbahnzuges. Das Auto wurde herumgeschleudert und ein Stück mitgeschleift, wobei das Vorderteil der Limousine vollkommen zertrümmert wurde. Der Fahrer des Autos kam eigentlich mit Glück davon. Er erlitt stark blutende, aber nicht lebensgefährliche Verletzungen durch Glassplitter. Mit einem des Weges kommenden Auto wurde der Verunglückte zu einem Arzt gebracht, während die Limousine abgeholt werden mußte. Der Vorfall ist im Eisenbahnzug nicht bemerkt worden, da der Zug — ohne zu halten — seine Fahrt fortsetzte.

— **Wittenberg, 24. Nov.** Einen tragischen Tod fand der 49 Jahre alte Rindendiererei Friebe von der Schloßkirche am Sonntagmorgen. Er, der an allen Tagen, an denen Kirche gehalten wird, für die Heizung zu sorgen hat, ging in gewohnter Weise um 3 Uhr früh in den Zeitraum der Schloßkirche. Da er sonst um 6 Uhr wieder zu Hause ist, am Sonntag aber um 8 Uhr noch nicht da war, schickte die Ehefrau ihre Tochter Elise zur Schloßkirche, um nachzusehen, wo der Vater ist. Es fand ihn tot im Zeitraum liegen. Nach den Feststellungen ist F. beim Prüfen einer Entlüftungsanlage von einer Leiter aus 2 bis 3 Meter Höhe abgestürzt, vermutlich infolge Benommenheit durch die die sich entwickelnden Kohlenoxydgaase. Der Unglückliche brach bei dem Sturz das Bein. Sofort nach Auffinden der Leiche angestellte Wiederbelebungsvorläufe blieben ohne Erfolg.

— **Söllhau, 22. November** Die heute im Gasthaus „Zur Linde“ abgehaltene Gemeinde-Holzversteigerung, in welcher ungefähr 2 Morgen etwa 100-jähriger stehender Bestand ausgeteilt wurden, hatte stark unter der allgemein schlechten Wirtschaftslage zu leiden. Die Ankaufsgebote waren sehr niedrig und folgerten sich nur sehr schleppend. Einem zur gleichen Zeit stattfindenden Stat war mehr Interesse abgesehen. Selbstbeter auf das Holz mit 960 RM-Mark blieb ein Dübener Holzhändler. Der voranschlagende Holzwerk wurde bei weitem nicht erreicht und wurde hierauf der Zuschlag vorbehalten.

— **Witten.** (Zwei Einbrüche in einer Nacht.) Eine Einbrecherbande hat in der Nacht zum Sonntag unsere Stadt unruhig gemacht. Gegen 2 Uhr morgens wurde in der Torgauer Straße ein Einbruch in das Schaufenster der hiesigen Filiale der Schokoladenfirma Schmedde verübt. Die Täter haben mit Hilfe eines schmalen Stemmelmessers die neben dem Eingang befindliche kleinere Schaufenstergläser eingedrückt. Aus dem Schaufenster fielen sie 400 Tafeln Schokolade zu je 19 Pf., und 15 größere zu je 89 Pf. Bei dem Einbruch lief die Täter von einer Anwohnerin geführt worden und auf deren Ruf „Einbrecher“ geschrien. Die gestohlene Schokolade haben sie vermutlich vor der hiesigen Schmedde verpackt. Dem dort wurden noch Glasstücke von der zertrümmerten Schaufenstergläser aufgefunden. An dem Einbruch lief 2 bis 3 Männer beteiligt gewesen. In der gleichen Nacht — wahrscheinlich nur dem Einbruch — wurde ein Einbruch in der Waderstraße eingedrungen worden. Sicher sind es dieselben Täter, die hier einen neben dem Laden des Büchereigehäuses Winkler befindliche Fensterläden eingeschlagen hatten und in den Laden eingedrungen waren, aus dem sie 8 Wäschekleider und 3 Kleidstücke mitnahmen. Sie haben hier ungestört arbeiten können. Die Einbrüche scheinen in beiden Fällen von langer Hand vorbereitet worden zu sein.

— **Delitzsch, 24. November.** Am Freitag des orkanartigen Sturmes tags in der Nacht zum Sonntag auf freier Strecke die Hochspannung zwischen Wittenberg und Delitzsch, so daß die Stadt ohne Licht war. Der elektrische Personenzug 408 Magdeburg-Weitzsch, blieb auf freier Strecke liegen, da plötzlich die Stromzufuhr aussetzte.

— **Halle, 24. Nov.** Die Schätzerische Millionenerbschaft, die bereits mehrmals die Öffentlichkeit beschäftigt hat, lebt jetzt von neuem auf. Es handelt sich bei dieser Erbschaft um einen Betrag von über 10 Millionen RM. Erblasser ist ein gewisser Johann Heinrich Schäfer aus Nordhausen, der seinen vor vielen Jahrzehnten nach Holländisch-Indien ausgewanderten Vater Kaspar Schäfer nachfolgte. Schäfer jun. besitzt in seinem am 20. Oktober 1864 gemachten Testament sein Gesamtvermögen auf 6800000 Gulden, das er seiner Blutsverwandten vermacht, die in und um Nordhausen wohnen und deren Zahl heute etwa 300 beträgt. Das Vermögen wird von der holländischen Regierung verwaltet, die es nur auf Antrag sämtlicher Erbberechtigten zur Auszahlung bringen will. Die Erben haben sich daher zu einem Familienverband zusammengeschlossen, um ihre Rechte geltend machen zu können.

— **Wurzen, 24. Nov.** Weil sie verantwortlich gemacht war, als 14-jähriges Mädchen an dem tödlichen Unfall eines Kindes ihrer Herrschaft schuld zu sein erhängte sich in einem Unfall von Schmermt die 24-jährige Hausangestellte Elsa Juds aus Bach bei Wurzen im Garten eines hiesigen Kaufmanns, bei dem sie zuletzt tätig war. Die Schuld an dem tragischen Vorfall vor acht Jahren konnte bis jetzt nicht einwandfrei erwiesen werden.

— **Anpelsdorf, 24. Nov.** (Ein „fettes“ Schlachtfest.) Der Landwirt Blythe schlachtete vor einigen Tagen ein 1 1/2 Jahre altes Schwein, welches das städtische Gewicht von 6 Zentnern hatte.

Folgen schwerer Einkürzungslid

Abraum-Förderbrücke eingestürzt. — 7 Tote, 20 Verletzte. Landshammer, 25. November.

In Kleinteile sind bei der Montage einer Förderbrücke durch die Mitteldeutschen Stahlwerke infolge des Abbruchs eines Brückenstücks sieben Monteure erlitten einen Unglück, 15 weitere Arbeiter wurden schwer verletzt, während 5 mit leichten Wunden davonkamen.

Weber den Herang des Unglücks wird berichtet: Der unterste Zubringerbagger der 350 Meter langen Förderbrücke brach zusammen. Umgefahr 25 Monteur e, die in 20 Meter Höhe arbeiteten, stürzten mit in die Tiefe und wurden von den Eisenteilen erbeben. Sechs Monteure waren auf der Stelle tot; einer starb später im Krankenhaus zu Landshammer, wo sich noch sechs Schwerverletzte, von denen zwei in Lebensgefahr schweben, sowie einige Leichtverletzte befinden.

Zum Freilegen der Brauntfolge sind in dem Tagebau riesige Förderanlagen errichtet. Als vor zwei Jahren die erste Förderbrücke erbaut wurde, ereignete sich fast das gleiche Unglück, und es waren 12 Tote zu beklagen. Die Förderbrücke, auf der sich das Unglück ereignete, wird von den Mitteldeutschen Stahlwerken in Landshammer errichtet und sollte in ungefähr vier Wochen fertiggestellt sein.

— **Bad Liebenwerda.** In dem schweren Unglücksfall beim Bau einer Förderbrücke in Klein-Weitzsch am 23. und 24. Februar d. J. gegen 3 Uhr hörten Klein-Weitzscher Einwohner ein Brechen und Knarren, dessen Herkunft man sich im Augenblick nicht zu erklären vermochte. Fast im gleichen Moment durchfuhren den Ort die Nachrichten, daß in dem Bergwerk der Braunkohlen- und Brückenteilefabrik A.-G. (Wablag), wo Tagebau betrieben wird, ein Unfall ereignet war, bei dem 10 Arbeiter ums Leben kamen und 20 weitere schwer verletzt wurden. Am Montagabend gegen 3 Uhr hörten Klein-Weitzscher Einwohner ein Brechen und Knarren, dessen Herkunft man sich im Augenblick nicht zu erklären vermochte. Fast im gleichen Moment durchfuhren den Ort die Nachrichten, daß in dem Bergwerk der Braunkohlen- und Brückenteilefabrik A.-G. (Wablag), wo Tagebau betrieben wird, ein Unfall ereignet war, bei dem 10 Arbeiter ums Leben kamen und 20 weitere schwer verletzt wurden.

Am Montagabend gegen 3 Uhr hörten Klein-Weitzscher Einwohner ein Brechen und Knarren, dessen Herkunft man sich im Augenblick nicht zu erklären vermochte. Fast im gleichen Moment durchfuhren den Ort die Nachrichten, daß in dem Bergwerk der Braunkohlen- und Brückenteilefabrik A.-G. (Wablag), wo Tagebau betrieben wird, ein Unfall ereignet war, bei dem 10 Arbeiter ums Leben kamen und 20 weitere schwer verletzt wurden. Am Montagabend gegen 3 Uhr hörten Klein-Weitzscher Einwohner ein Brechen und Knarren, dessen Herkunft man sich im Augenblick nicht zu erklären vermochte. Fast im gleichen Moment durchfuhren den Ort die Nachrichten, daß in dem Bergwerk der Braunkohlen- und Brückenteilefabrik A.-G. (Wablag), wo Tagebau betrieben wird, ein Unfall ereignet war, bei dem 10 Arbeiter ums Leben kamen und 20 weitere schwer verletzt wurden.

Aus der Großelektrotechnik Mitteldeutschland

Magdeburg. Die Industrieanlagen der Gasversorgung Magdeburg-Anhalt A.-G. (Gasanag) auf der Industriezone in Magdeburg-Rothensee, die jetzt ihrer Bestimmung übergeben wurden, haben den Gedanken des „regionalen Prinzips“ in der Gasindustrie zum ersten Male in aller Klarheit durchgeführt. Die einheitliche Erzeugung Mitteldeutschlands mit Gas ist hier nach den neuesten Erfahrungen und technischen Errungenschaften festgelegt. Das gilt auch für die Hauptlinien der Hochdruckfernstreckung vor allem die Leitung von Magdeburg nach Leipzig.

Bei der Projektierung der Großelektrotechnik in der ersten Linie Rücksicht auf den zu erwartenden umfangreichen Güterverkehr auf dem Werte zu nehmen, da von vornherein mit einem jährlichen Umflog von 1200 bis 1300 Tonne Kohle und entsprechenden Kohlenmenge gerechnet werden mußte, wobei Wassertransporte und Bahrtransporte in Frage kommen. Parallel zur Gleisanlage liegt die Ofenanlage. Es kam zu nächst eine Batterie, enthaltend zwei Ofenblöcke mit je dreifach Ofenanlagen, zur Ausführung, für die Errichtung einer zweiten Batterie ist Platz vorgesehen, dementsprechend sind auch alle Einrichtungen getroffen. Zwischen beiden Batterien liegt der Schaltkasten mit einem Schaltungsvermögen von 3000 Tonnen. Der ausgelegene Rohstoffs wird abwechselnd von Grobstaubsieberei transportiert, hier wird der Grobstaubs abgeflottet. Der abgeflottete Rohstoffs und der gebrochene Koks kommt in die Zentrifuge, wo er nach fünf Stückgrößen sortiert wird.

Das gesamte von den Vorlagen der Ofen kommende Gas passiert nacheinander die Vorflüher Gaswässer, Nachflüher und Wäscher. Hier wird das für die Heizung der Ofen benötigte Gas abgetrennt und direkt direkt zugeführt, während das Heberückgas das trockene Schmelzeerzeuger durchläuft und in die Gasbehälter gelangt. Vor den Kühlern ist eine Leerteele eingeschaltet zur Ableitung der Kondensate. Das abgegebene Wasser wird gefischt und gelangt zur Beheizung der Vorlagen in den Kreislauf zurück. Als Gas- und bei Heizung der Ofen mit Eigengas etwa 65 Millionen Kubikmeter und bei Beheizung mit Schmelzeerzeuger etwa 20 Millionen Kubikmeter Gas jährlich abgegeben werden können.

Magdeburg. Feierlichkeiten in den Brauereien. Der Verein der Brauereien von Magdeburg und Umgebung beschloß, bis auf weiteres jede Woche eine Feierlichkeit einzulegen.

Magdeburg. 3,8 Millionen Reichsmark Defizit. Das Defizit der Stadt beträgt für das Jahr 1930 rund 3 800 000 Reichsmark. Davon entfallen auf den Wohlfahrtsrat rund 3,3 Millionen. Zur Deckung des Defizitbetrages ist die Magistrate die Einführung der Bürgersteuer, die Erhöhung der Biersteuer, Gewerbesteuererhöhung und der Grundbesitzersteuer und die Einführung einer Wohnungsluftsteuer vor, die als reine Zwischsteuer gedacht ist und deren Ertrag reiflich für den Wohnungsbau verwendet werden soll. Die Magistrate hat sich am 20. November die diesjährige Provinzial-Sachverständigen der Geflügelzüchter der Provinz Sachsen und angrenzender Gebiete statt. In der Vorhalle am Dönhofsplatz werden etwa 1250 Tiere zur Ausstellung kommen.

— **Siebersleben.** Fabrik eingestürzt. Die Mühlensackfabrik Biemer ist durch ein nächtliches Feuer bis auf die Umfassungsmauern eingestürzt worden. Scheunen und Scheunen sind ebenfalls verbrannt, während das Wohnhaus gerettet werden konnte. Die Entstehungsursache des Brandes ist nicht bekannt.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen nicht ersichtlicher Anpreisung auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpollene Petzseite oder deren Raum 15 Pfg., die halbpollene Reklameseite 40 Pfg., Auslaufgebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unendlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.— Mfr. das Zeilen, zusätzlich Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 139

Donnerstag, den 27. November 1930

32. Jahrg.

Am 1. Dezember findet eine

Biehzählung

statt. Die Zählungsergebnisse dienen nur volkswirtschaftlichen Zwecken; eine Verwendung für Steuererstattungen findet nicht statt.

Die Viehhalter fordern wir auf, den mit der Zählung Beauftragten genaueste Auskunft zu geben. **Wer Vieh verheimlicht, macht sich strafbar.**

Kemberg, den 26. November 1930.
Der Magistrat.

Der Wechsel auf die Zukunft.

Dann und wann erhebt sich in der Regierung, in der Wirtschaft, in führenden Privatkreisen eine Stimme, die den Pessimismus, der nun allgemein von Deutschland Besitz ergriffen hat, bekämpfen will. Glaubt an die Zukunft, glaubt an die Kraft des Volkes, seid einzig darüber, daß die ganze Welt Not leidet und daß dieser Depression ein Aufschwung folgt — das sind die Mahnungen, die uns Halt und Hoffnung geben wollen.

Sicher haben wir die innere Kraft, Deutschland wieder höherzuführen. Trotz aller Zweifel liegt in jedem Deutschen die Zuversicht, einmal werde es anders werden. Und selbst Ausländer, die Deutschland kennen, geben ihrer Meinung immer wieder Ausdruck: Deutschland werde auch diese Krise überwinden, denn in diesem urgefundenen Lande lägen so viele Kraftreserven, liege eine solche Energie und ein solcher Latenzdrang, daß man gerade um das Schicksal des deutschen Volkes nicht zu bangen brauche. Gut also: die Zukunft mag wieder Aufstieg verschaffen und uns für die Leiden entschädigen, mit denen wir jetzt reichlich versorgt sind. Aber die Gegenwart? Man muß doch fragen: Sind die Laufen der Gegenwart nicht so gewaltig, so schwer, so untragbar, daß wir zusammenbrechen müssen? Sind sie nicht so schwer selbst für die gefunden und kräftigen Schultern eines lauffähigen Volkes?

Wir haben immer gemeint, die ganzen Maßnahmen der Regierung würden in absehbarer Zeit eine Linderung bringen. Der Kanzler meint, eine wirksame Entlastung sei für die nächsten Monate nicht möglich, und das nächste Jahr werde noch trübe und trostlos sein. Zahlre werden vorgehen, bis sich diese Maßnahmen auswirken und bis wir aufatmen können: Endlich geschafft! Zahlre, noch das Elend der Zeit, das heißt Mut aufbringen, um der Parole „Durch“ zu folgen, um Optimist zu bleiben.

Nun herrscht man darum, was die Schuld an unserm Unglück trägt. Sicherlich ist ein großer Teil die Weltwirtschaftslage. Aber diese Verhältnisse der Weltwirtschaft allein hätte nicht gerade Deutschland so betroffen, wenn nicht so viele Fehler gemacht worden wären. Wir haben aus dem Vollen gelebt, wir haben, vertrauend auf unsere Kraft, übermäßigen Luxus getrieben. Das Ausland erhielt von Deutschland einen falschen Begriff.

Steuern und wieder Steuern waren notwendig, nachdem überflüssige Ausgaben einmal ein so großes Loch gerissen hatten und die Entwicklung sich nicht so anließ, wie die Voraussätze es voraussuchen wollten. Es ist bekanntlich leichter, Geld auszugeben, Geld zu bewilligen, als abzubauen. Und deshalb kann in Jahren nicht gutgemacht werden, was in kurzer Spanne Zeit gesündigt wurde. Wir haben, sehen wir von der öffentlichen Hand ab und denken wir an die Privatunternehmungen, von Schulden gelebt, konnten nicht genug Kredite erhalten, rechneten mit dem weiteren Aufstiege und mußten gewahr werden, daß plötzlich ein Umschlag kam, der uns arm, verschuldet machte. Wir hatten und sind stets steigenden Steuern aus Anleihen und Krediten gegolten. Jetzt hoffen sie nicht mehr, und plötzlich merkten wir, wie schwer die Lasten waren, die wir nun selbst aufzubringen hatten. Auch in der Privatwirtschaft ist man in den Expansionswahnsinn verfallen und hat Schloßer gebaut. Auch hier war eine Modernisierung der Betriebe geboten. Auch hier aber wurde zu viel des Guten getan. Und da nun irgendwoher doch die Kosten kommen mußten, wehrte sich gerade die deutsche Industrie gegen den Preisabbau und mißachtete die Weltpreise der Rohstoffe, die den Preisabbau bedingten.

So war der Stand, als das große Erwachen kam. Die Einnahmen des Reiches gingen zurück, die Einnahmen der Gemeinden wurden geringer, der Umlag der Wirtschaft sackte ab, die Lasten blieben, die Kredite fielen aus. Rettung sah die Regierung, haben die Länder, die Gemeinden nur in der Finduna neuer Einnahme-

quellen. Und sie erschloßen sie, weil sie nicht glaubten, abbauen zu können. Bis es einmal nichts mehr zu holen gab.

Abbau jetzt nach dem großen Erkennen, Maßnahmen, gutzumachen, was Kurzfristigkeit verboden! Selbstverständlich muß Lohn- und Preisabbau Forderung sein. Alles ist ja überleitet. Selbstverständlich muß die Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden den Etat herabdrücken, selbstverständlich muß die Wirtschaft sich mit niedrigeren Gewinnen begnügen, und selbstverständlich haben wir zu fordern, daß auch die Reparationslasten geteilt oder getilgt werden. Überall, wo gepart werden kann, muß gepart werden. Und der Kanzler hat recht: dieses Sparen, diese Maßnahmen können nur dazu führen, uns vor dem völligen Zusammenbruch zu retten. Gelingt es uns, durchhalten und uns vor dem Zusammenbruch zu wehren, so haben wir Aussicht, aus der Besserung der Weltwirtschaftslage unsere Vorteile zu ziehen. Erst wenn also eine Besserung in der Weltkonjunktur eintritt, wird es auch in Deutschland wieder einen Aufstiege geben. Das müssen wir erkennen, darauf haben wir uns einzustellen. Mehr als eine letzte Rettung vor dem Zusammenbruch, sagt der Kanzler richtig, können alle Maßnahmen nicht erreichen.



Was die Frage der Verschuldungsüberwindung der Welt angeht, legen wir anlangt, die im Steuerereinhaltungsgebot zusammengefaßt sind, so steht die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Reichsrats auf dem Standpunkt, daß zwar das Gebäudeeinigungssteuergesetz und das Gesetz über den Uebertritt von Beamten in den Reichsdienst aus Anlaß der Steuerereinhaltung verfassungswidrig sind, daß aber das Grundsteueranhangsgesetz, das Gemeindefeuerversicherungsgesetz und das Steueranhangsgesetz sich im Rahmen der im Artikel 11 der Reichsverfassung vorgesehenen Grundabgabebewegung halten und daher keinen verfassungsändernden Charakter tragen.

Es ist in politischen Kreisen nun erörtert worden, ob die Reichsregierung auch die Belege verfassungsändernden Charakters mit Hilfe einer Notverordnung auf Grund des Artikels 48 in Kraft setzen könne. Die Reichsregierung hat durch die zuständigen Stellen diese Frage prüfen lassen, und als Ergebnis dieser Auslegung stellt sie auf dem Standpunkt, daß sie auch bei verfassungsändernden Belegen in der Lage ist, den Artikel 48 anzuwenden. Zweiflos wird nach der Anwendung des Artikels 48 im Reichstag von den Oppositionsparteien die Aufhebung der Notverordnung verlangt werden. In Regierungskreisen glaubt man aber, daß die Regierung in diesem Falle auf die Unterstützung der Sozialdemokraten rechnen und so die kritischen Wintermonate überwinden kann.

Frontwechsel der Wirtschaftspartei.

Ufage an Brüning. — Bredt zurückgetreten.

Berlin, 26. November.

Mit Zustimmung des Reichsjustizministers Professor Dr. Bredt hat der Reichsausschuß der Deutschen Wirtschaftspartei folgenden Beschluß gefaßt:

„Bereits am 26. September 1930 hat der Reichsausschuß beschlossen, daß sich die Wirtschaftspartei an feiner Regierung im Reich beteiligt, auf welche die Sozialdemokratie unmittelbar oder mittelbar Einfluß ausübt. Die Ereignisse der letzten Zeit beweisen aber, daß die Regierung Brüning ihre Politik in Anlehnung an die Sozialdemokratie unter Preisgabe lebenswichtiger Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft durchzuführen versucht. Nach Ansicht der Wirtschaftspartei können auf diesem Wege die großen Lebensprobleme des deutschen Volkes in der Innen- und Außenpolitik nicht gelöst werden. Infolgedessen lehnt die Wirtschaftspartei die weitere Unterstützung des Kabinetts Brüning ab.“

Der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei hat sich weiterhin mit dem Konflikt Reich — Thüringen beschäftigt und die Faltung der Thüringer Landtagsfraktion, die im Sinne aller Regierungsparteien einnahm, genehmigt.

Zu dem Communiqué der Wirtschaftspartei wird ergänzend bekannt, daß der von der Wirtschaftspartei gestellte Reichsjustizminister Dr. Bredt beim Reichstagskanzler Brüning bereits sein Rücktrittsgesuch einreicht hat.

bleibt Dr. Bredt?

Berlin, 26. November.

Ueber das Rücktrittsgesuch des Justizministers Dr. Bredt ist eine Entscheidung noch nicht gefallen. Wie verlautet, will der Reichspräsident die gesundheitliche Wiederherstellung des zur Zeit erkrankten Ministers abwarten, ehe abschließende Schritte unternommen werden.

In parlamentarischen Kreisen hält man es nicht für ausgeschlossen, daß Dr. Bredt sich zum Beschließen in seinem Amte bestimmen läßt, und daß er dann als Justizminister dem Kabinett angehören würde, ohne dadurch seine Partei irgendwie zu verpflichten.

Der Konflikt in der Wirtschaftspartei beigelegt

Die Verhandlungen des Reichsausschusses der Wirtschaftspartei haben zur Beilegung des Konflikts zwischen dem Abgeordneten Collofer und dem Parteivorstand geführt.

Exportsteigerung oder Zahlungseinstellung

Die letzte Schachtdreie in Amerika.

Baltimore, 24. November.

Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht schloß seine Vortragsreihe durch die Vereinigten Staaten mit einer Aussprache vor über 600 Bankiers, Industrieführern und Wirtschaftlern ab, die aus Philadelphia, Washington und anderen Städten zusammengekommen waren. Unter ihnen befand sich auch der bekannte amerikanische Nationalökonom Dr. Friday, der die Ansicht äußerte, daß Deutschland, das jetzt der Inflation seine Industrie rationalisiert, Goldbestände anammelt, im Ausland Kapital angelegt habe und jetzt über einen Auszubüherüberschuß verfüge, noch für einige Zeit wirtschaftlich in der Lage sei, Reparationen zu bezahlen, daß es jedoch politisch und wirtschaftlich für eine deutsche Regierung unmöglich sei, noch länger als drei bis vier Jahre Reparationen in der augenblicklichen Höhe zu leisten, ohne getilgt zu werden. Das Argument, daß Deutschland die Reparationen mit amerikanischen Anleihen bezahlt habe, sei irreführend. Es habe die Dollar lediglich zum Transfer benutzt, das Geld selbst jedoch aus der eigenen Wirtschaft herausgeholt.

Dieses Herausholen unter Hochdruck könnte jedoch nicht mehr lange weitergehen, und er lege voraus, daß in zwei bis drei Jahren in Frankreich, wenn es keine innere Schuld abgetragen habe, mehr Verhandlungen für die Lage Deutschlands vorhanden sei. Dann sollte Amerika zusammen mit Deutschland und den Alliierten eine Revision der internationalen Schuldenfrage in der Weise vornehmen, daß die Beträge in jedem Jahre um 10 Prozent vermindert und innerhalb 10 Jahren alle Schulden getilgt würden.

Dr. Schacht betonte, daß er als Privatmann spreche und keine Stellung der Reparationen verlange, er spreche und wieder müsse Deutschlands Export um 50 Prozent gesteigert werden, was ohne Erschließung neuer Absatzmärkte durch amerikanisches und anderes Kapital offensichtlich unmöglich sei, oder die Reparationen müssen verringert werden, sonst würden spätestens binnen Jahresfrist die deutschen Reparationszahlungen automatisch aufhören.

Die Einsicht wächst!

Dr. Schachts erfolgreiche Amerikareise beendet.

Neuport, 26. November.

Dr. Hjalmar Schacht, der frühere Präsident der Reichsbank, hat seine Vortragsreihe durch Amerika beendet und an Bord des Dampfers „Columbus“ die Heimfahrt angetreten.

Zum Abschluß sprach Schacht noch einmal im Neuporter Defononischen Club vor etwa 1200 Personen über seine amerikanischen Eindrücke, die er dahin zusammenfaßte:

„daß überall in Amerika nicht nur ein zunehmendes Interesse für das Reparationsproblem, sondern auch ein machendes Gefühl besteht zu spüren sei, daß die ungeklärten Probleme des Weltkriegs eine ständige Bedrohung des wirtschaftlichen Wohlfandes der Welt bedeuten.“